

# Correspondent

Erscheint  
Dienstag, Donnerstag,  
Sonnabend.  
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.  
Preis  
vierteljährlich 10 Pfennig.

38. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 15. September 1900.

№ 107.

## Die Streiks im Jahre 1899.

Obwohl über die Zahl der Streiks und Aussperrungen in Deutschland bereits seit dem Jahre 1891 von der Generalkommission eine Statistik geführt wird, so hat dieselbe bisher mangels einer einheitlichen Streikstatistik der einzelnen Gewerkschaften nur ein unzuverlässiges Bild über die Streiks in Deutschland gegeben. Nach der vorliegenden Abhandlung über dieses Kapitel im Korrespondenzblatt ist jedoch seit dem 1. Januar 1900 eine Verbesserung der Aufnahme der Statistik insofern erfolgt, als diese in allen zentralisierten Gewerkschaften nach einem einheitlichen Schema fortlaufend geführt wird. Damit erst erhalten wir einen sichern Ueberblick über diese Seite gewerblicher Tätigkeit und können daraus gewisse praktische Konsequenzen in der Gewerkschaftspolitik verfolgen. Zwar wird seit dem vorigen Jahre von Seiten der Reichsverwaltung eine amtliche Streikstatistik aufgenommen, die aber mehr kriminalrechtlichen Zwecken dienen soll, abgesehen davon, daß diese Statistik infolge ihrer technischen Mängel ein krauses Durcheinander bietet.

Nach Legien wurden im Jahre 1899 in Deutschland 976 Streiks und Aussperrungen mit 100779 beteiligten Personen (darunter 41 Aussperrungen mit 11815 Beteiligten) gezählt. Vom Jahre 1890 bis 1899 zählte die Statistik der Generalkommission: 3772 Streiks mit 425142 Personen und einer Gesamtstreikdauer von 17000 Wochen. Diese Streiks erforderten eine Ausgabe von 11402758 Mk., 53,6 Proz. waren Angriffstreiks und 46,4 Proz. Abwehrstreiks. Als Resultat ergab sich (in Prozenten): Von den Angriffstreiks endeten 49,0 Proz. erfolgreich, 27,6 Proz. teilweise erfolgreich, 15,2 Proz. erfolglos und bei 2,2 Proz. blieb das Resultat unbekannt. Von den Abwehrstreiks endeten 41,3 Proz. erfolgreich, 15,7 Proz. teilweise erfolgreich, 33,8 Proz. erfolglos, unbekannt 3,3 Proz. Verhältnismäßig hoch ist die Zahl der erfolglos gemeldeten Abwehrstreiks. Es wird also — heißt es in dem Berichte — zum Abwehrstreik mit noch größerer Vorsicht gegriffen werden müssen als zum Angriffstreik, weil der Angreifer in der Regel die günstigere Position inne hat.

Von den im Jahre 1899 geführten 976 Streiks mit 100779 Beteiligten, 3976 Wochen Dauer und 2627119 Mk. Ausgabe waren: Angriffstreiks 542, mit 63189 Beteiligten, 2193 Wochen Dauer und einer Ausgabe von 1524695 Mk.; Abwehrstreiks 430, mit 27570 Beteiligten, 1764 Wochen Dauer und 850867 Mk. Ausgabe. Die meisten Streiks, nämlich 479 mit 60740 Beteiligten, wurden um Lohn-erhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit geführt. Aussperrt wurden in 41 Fällen 11815 Personen. Wegen Maßregelung entstanden 102 Streiks mit 4910 Beteiligten und wegen Lohnreduzierungen 125 Streiks mit 4446 Beteiligten.

Auf die Gruppe Baugewerbe entfallen mehr als ein Drittel der gesamten Streiks und der beteiligten Personen. In dieser Gruppe war auch die Zahl der erfolgreichen Streiks am höchsten, sie betrug 61,6 Proz. Den geringsten Erfolg mit

10 Proz. weist die Gruppe Handel und Verkehr auf, dann folgt die Nahrungsmittelindustrie mit 27,5 Proz. und hierauf die Metallindustrie mit 39,4 Proz. völlig erfolgreichen Streiks. Diese äußerst von einander abweichenden Resultate der Streiks sind nicht allein auf unzureichende Organisation in den weniger begünstigten Industrie-gruppen zurückzuführen, sondern auch auf die schwierigen Verhältnisse, welche in einzelnen Gewerben der Durchführung gestellter Forderungen durch eine Arbeitseinstellung entgegenstehen.

Von allgemeinem Interesse ist aus den Ergebnissen der Streikstatistik auch die Art der Aufbringung der Mittel zur Unterstützung der Streiks. Im Jahre 1899 kamen zur Streikunterstützung ein: Aus den Verbandskassen 2016157 Mk.; aus freiwilligen Beiträgen der Mitglieder 217181 Mk.; durch Sammlungen 190806 Mk.; durch Beiträge anderer Gewerkschaften 198063 Mk. und aus dem Auslande 7079 Mk. Es ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß in den letzten Jahren die Kosten der Streiks zum größten Teile aus den Kassen der Gewerkschaften gedeckt wurden, während sie früher überwiegend durch Sammlungen, die während des Streiks unternommen sind, aufgebracht wurden. Während in den Jahren 1892 bis 1894 nur 24 bis 34 Proz. der Streikausgaben aus den Verbandskassen gedeckt wurden, sind 1897 bis 1899 62 bis 78 Proz. der Ausgaben den Kassen der Gewerkschaften entnommen.

Damit wird auch gleichzeitig die Streikverantwortlichkeit der einzelnen Gewerkschaften gesteigert und eine Lohnbewegung weit vorsichtiger unternommen als es bisher vielfach der Fall war. Alles in allem aber spricht aus diesen Ziffern die Tatsache fortschreitender Entwicklung der Gewerksvereine zu selbständigen wirtschaftlichen Faktoren.

Interessant sind die Ziffern über die Streikvergehen, welche die ganze Lächerlichkeit des geplanten zuchthausgesellschaftlichen Vorgehens darthun. Das für 1899 zusammengetragene Material ist nicht vollständig, weil von den Vorständen der Organisationen der Holzarbeiter, Lederarbeiter und Textilarbeiter keine Angaben über die bei den Streiks vorgekommenen Verstrafungen Streikender gemacht werden konnten. Es ist deshalb auch das Prozentverhältnis der Verstrafungen nicht zu der Gesamtzahl, sondern nur zu der Zahl der Streikenden zu berechnen, für deren Verurteilung Angaben bezüglich Verstrafungen gemacht wurden. Es kamen solche bei 81 Streiks = 9,9 Proz. der in Vergleich zu stellenden Streiks vor. Nicht weniger als 90 Proz. der Streiks verliefen also, ohne daß der Staatsanwalt Gelegenheit fand, in Aktion zu treten. Verstraf wurden 191 Personen mit 18 Jahren 7 Monaten 2 Wochen und 2 Tagen Gefängnis, 4 Wochen Haft und 911 Mk. Geldbuße. Außerdem erhielten 9 Personen 5½ Wochen Haft und 115 Mk. Geldstrafe wegen „grobe Unfugs“ und 44 Personen 2 Wochen Haft und 405 Mk. Geldstrafe wegen Uebertretung von Polizeivorschriften zudiktirt. Die letzteren Strafen können bei der Beurteilung der Vergehen bei Streiks nicht in Frage kommen, weil es sich hier um Verstrafung

von Handlungen dreht, die fast allgemein nur bei Streikenden als strafbare verfolgt werden.

An den 811 Streiks in 37 Gewerben, welche der Berechnung des Prozentverhältnisses der Verstrafungen zu den Streikenden zu Grunde gelegt worden sind, waren insgesamt 75627 Personen beteiligt. Da 191 derselben wegen Vergehen bei Streiks bestraft wurden, so kommen auf 1000 Streikende nur 2,5 Verstrafte. Man begreift nicht, daß angesichts dieser Thatfachen diejenigen, welche von dem ungeheuerlichen Terrorismus der Streikenden reden, nicht das Lächerliche ihres Auftretens fühlen.

Wenn man ferner die Art der Vergehen betrachtet, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß die streikenden Arbeiter in einer Weise bestrebt sind, sich in den gesetzlichen Grenzen zu halten, daß man ihnen volle Anerkennung aussprechen, nicht aber sie verunglimpfen sollte. Es wurden nur vier Fälle von Mißhandlung und Körperverletzung konstatiert. Die anderen „Vergehen“ bestehen in der Regel in Ausfertigungen, die unter anderen Verhältnissen und nicht bei einem Streik gemacht, nicht beachtet, viel weniger als Strafthaten angesehen werden.

In dieser Streikstatistik offenbart sich ein Stück gewerblicher Ringens und Kampfes zum Besten organisierter Arbeiter. Noch zeigt eine große Zahl von Abwehrstreiks, von denen im Jahre 1898 allein 229 geführt werden mußten, die soziale Rückständigkeit des größten Teiles der deutschen Unternehmer an. Ist doch die Ursache dieser 229 Streiks und Aussperrungen — in einem einzigen Jahre! — fast allgemein darauf zurückzuführen, daß die Unternehmer den Austritt der Arbeiter aus ihren Organisationen forderten oder sonstige die Koalitionsfreiheit angriffen. Unterstützt durch die Behörden (siehe Buchhausvorlage), welche dem Unternehmertum wider die Arbeiter den Rücken steifen, ist bei allen Streiks als Grundursache immer die Thatfache zu finden, daß die Unternehmer im Vollbewußtsein ihres „Herren“ recht eine friedliche Verständigung unmöglich machen, wie in diesen Tagen die Leipziger Buchbinderbesitzer wieder recht sinnfällig auch dem Blödesten demonstrieren. Die Angriffstreiks sind notwendig, weil selbst kleine und kleinste Lohn erhöhungen dem Unternehmertum erst abgetropft werden müssen, nachdem alle friedfertigen Versuche erschöpft oder abgewiesen wurden. Selbstverständlich hat in denjenigen Verufen, welche eine allgemeine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse entbehren, jede günstige Konjunktur eine Anzahl Angriffstreiks zur Folge, welche in den letzten Jahren sehr zu gunsten der Arbeiter ausgefallen sind. Nur 13 bis 16 Proz. dieser Streiks gingen verloren. Die gewonnene Position nun auch in der Zukunft bei einem schlechten Geschäftsgange halten zu können, wird die Hauptaufgabe sein müssen. Ob den Gewerkschaften dies auch gelingt, läßt sich statistisch nicht feststellen. Jedenfalls wird es aber in dieser Beziehung immer besser, dank des allgemeinen Fortschreitens der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

## Korrespondenzen.

**Detmold.** Auch hier hält in einigen Wochen der „eiserne Kollege“ in Gestalt zweier Typographen in der Meinerischen Postbuddruckerer (Lippische Landeszeitung) seinen Einzug.

**H. Dresden.** Versammlung der Gauvereinsmitglieder vom 28. August. Die Versammlung wurde vom Gauvorsitzenden mit der Beteiligung von 64 neu aufgenommenen Kollegen eröffnet, welche sich seit der letzten Versammlung zum Verbands gemeldet hatten. Eine Aufnahme ist zurückgestellt worden und zwei wurden abgelehnt. Auskünfte sind in dieser Zeit zehn vorgenommen worden; ein Kollege wurde als Invalide erklärt, in sechs Fällen wurde Gemahregelten-Unterstützung resp. eine Abreiseunterstützung bewilligt und an vier Kollegen wurden Umzugskosten bezahlt. Sodann gab der Verwalter den Rechnungsausschuss der Gutenbergsfeier bekannt; die Einnahme betrug 632,60 Mk., die Ausgabe 1756,61 Mk.; es machte sich also ein Zuschuß von 1124,01 Mk. nötig. Hierbei ist die Festgabe, welche die Arbeitslosen und Reisenden erhielten (pro Mitglied 3,50 Mk.) nicht mit eingerechnet; diese Ausgabe betrug 203 Mk. — Beim zweiten Punkte der Tagesordnung wurde beschlossen, die nach § 5 Absatz 2 des Statutensatzes der Mitgliedschaft Dresden zukommende Remuneration nach einer vom Verwalter aufgestellten Staffeln an die Druckereifaktoren zu verteilen. — Hierauf wählte die Versammlung nachträglich die Kollegen Tobler, Horn, Nuppelt und Schwabbe als Revisoren des Gauvereins. Bezüglich des Beschlusses der Allgemeinen Versammlung vom 9. Juni, den § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches betreffend, teilte Kollege Wendisch mit, daß die Prinzipale noch keinen Bescheid darauf gegeben hätten, daß aber das Dresdener Gewerbegericht einem auf Grund des § 616 klagenden Kollegen 5 1/2 Stunden Entschädigung zugesprochen habe, also über unsere Forderung noch hinausgegangen sei. Kollege Steinbrück erklärte hierzu, daß er es für besser halte, die Dresdener Geschäftschrift bezüchtigt auf ein derartiges Abkommen. Es sei offenbar die Absicht des Gesetzgebers gewesen, die deutschen Unternehmer zu einer gewissen Kulanz anzuhalten. Der Sinn des betreffenden Paragraphen beziehe sich jedoch nicht nur auf wenige Stunden, sondern auch auf Tage. Es werde erst einer längeren Gerichtspraxis bedürfen, ehe die Tragweite des § 616 bestimmt deklarieren werden kann. Dann erst sei es Zeit zu Vereinbarungen. In Hannover werde nächstens ein solcher Fall vor dem dortigen Landgerichte verhandelt werden. — Nach einigen Anfragen wurde die Versammlung 1/10 Uhr geschlossen.

**14. Effen.** Die dritte diesjährige Bezirksversammlung fand am Sonntag den 2. September in Battenfeld statt. Dieselbe war von 80, und zwar aus Effen 41, Wesselnkirchen 18, Stehle 2, Wattenfeld 8 und Bochum 11 Mitgliedern besucht. Nachdem die Versammlung gegen 4 Uhr vom Kollegen Junst aus Wesselnkirchen eröffnet worden und dieser dem Bezirksvorsitzenden Schored die Leitung der Geschäfte übertragen, verlas letzterer zunächst einen zugedachten Gruß des Kollegen Heidenhecker aus Münster, welcher den Verhandlungen die besten Erfolge wünschte. Sodann verwies Kollege Schored auf das gelegentlich der 500jährigen Gutenbergsfeier in Düsseldorf angefertigte Gruppenbild, welches er zur Ansicht mitgebracht hatte. Falls Kollegen dasselbe wünschten, möchten sie es bei Kollegen Schippers in Düsseldorf bestellen, der Preis betrage 4 Mk. Hierauf wurde ein Zirkular des Gauvorsitzenden verlesen betr. der Zahlungseinstellung der Bankfirma Widdendorf & Co. in Effen. (Siehe Nr. 101 des Corr.) Hierauf gedachte der Vorsitzende in warmen Worten des Ablebens des Parteiführers Liebfucht, dessen Ansehen die Versammlung durch Erheben von den Effen erhe. Sodann verlas der Kassierer Adamsjewski den Kassenbericht des letzten Quartals. Die Mitgliederzahl betrug Ende des ersten Quartals 230, Ende des zweiten Quartals 235. Ausgeschlossen wurden Gustav Seeger, Ernst Pfirschmann, Reinhold Jakobs aus Effen, Berend Kienitz und Witz Klein aus Wesselnkirchen. Ausgetreten Alois Junke aus Effen. Gestorben Theodor Loh-Effen und der auf der Weise befindliche Kollege Anton Sibbers. Da die Revisoren die Kasse in bester Ordnung gefunden hatten, wurde dem Kassierer durch Erheben von den Effen Decharge erteilt. Nachdem Schritt man zum dritten Punkte der Tagesordnung: Mitteilungen aus den Mitgliedschaften. Kollege Schored wies darauf hin, daß dieser Punkt aus der Tagesordnung gestrichelt worden sei, falls irgend ein Kollege etwas Besondere aus den Mitgliedschaften zu berichten habe. Dieses war jedoch nicht der Fall und bemerkte Kollege Schored, daß der eiserne Kollege sich immer mehr bemerkbar mache, auch in Effen sei wieder eine Druckerei, wo das Personal von ungehörig 20 auf etwa 10 vermindert wurde durch Aufstellung von zwei Maschinen. Es sei dies die Druckerei der Neuesten Nachrichten. (In Effen stehen jetzt 7 Setzmaschinen, 6 Linotypes und 1 Typograph.) In Punkt 4: Anträge zur Tarifrevision. Bemerkte zunächst Kollege Schored, daß sich auch in Effen wie in anderen Orten zu diesem Zwecke eine Tarifkommission gebildet habe, wozu aus jeder Druckerei ein bis zwei Kollegen gewählt worden seien. Ferner berichtete er, daß er von Darmen ein Schreiben erhalten habe, in welchem gebeten würde, zu den dortigen Tarifverhandlungen Vertreter zu entsenden, was in einer späteren Abstimmung auch angenommen wurde. Sodann wies Kollege Schored auf

die neuen Lebensverhältnisse, Witten um, hin und betonte, daß es nicht zu verstehen sei, wie heute noch ein Kollege, wenigstens ein verheirateter mit Kindern, mit dem Minimum leben könne. Die Lokalzuschläge seien viel zu niedrig. Früher wären sie bedeutend höher gewesen. Es solle sich nun bei den nächsten Verhandlungen um drei Punkte handeln: Erhöhung des Lokalzuschlages, Erhöhung der Grundpositionen und Dauer des Zarfes. Kollege Müller-Effen empfahl die Erhöhung der Lokalzuschläge und bemerkte, daß dieselben zu ungleichmäßig seien. So seien z. B. Orte, wo die Lebensverhältnisse ebenso teuer wie in Effen seien, wo 15 Proz. Lokalzuschlag beständen, teils ohne Witten), teils mit geringem Lokalzuschlag (Wesselnkirchen). Er empfahl den Mitgliedern, sich betr. des Lokalzuschlages resp. um Erhöhung desselben zu bemühen. Kollege Heintz-Wesselnkirchen schilderte die teuren Verhältnisse in Wesselnkirchen und empfahl 15 Proz. Lokalzuschlag. Er hoffe, daß die Kollegen von Wesselnkirchen, die bisher sehr klau gewesen seien, demnächst die Forderungen auch durchbrüden. Dann bemerkte Redner, daß der fünfjährige Tarif entschieden zu lange sei, er hofft, daß nicht wieder auf einen so langen Tarif eingegangen werde, weil dadurch den Mitgliedern die Hände gebunden würden. Kollege Welter-Wattenfeld sympathisierte mit dem Vordredner. Auch ihm sei der Tarif zu lange, er empfahl der Kommission, einen ordentlichen Tarif auszuarbeiten. Kollege Schored hat die verschiedenen Kommissionsmitglieder, auf der nächsten Bezirksversammlung ihre Ansichten kund zu geben, damit dieselben mit denen der verschiedenen Bezirke ausgetauscht werden könnten. Kollege Müller-Effen ermahnte zur Einigkeit, man müsse hinter dem Tarife stehen, damit derselbe nicht nur auf dem Papiere zu finden sei. Die Dauer von fünf Jahren sei wohl zu lange, aber die Prinzipale würden bei kürzerer Dauer auch nicht so leicht Zugeständnisse machen. Kollege Schored machte den Vorschlag, den Tarif auf zwei oder drei Jahre gelten zu lassen, da die Prinzipale auf einen Tarif von Jahr zu Jahr, wie vom Kollegen Heintz-Wesselnkirchen vorgeschlagen war, nicht eingehen würden. Er forderte dann die Mitgliedschaften auf, ihre Beschlüsse an den Bezirk zu senden, damit dieser das Weitere veranlassen könne, weil dies einen größeren Einbruch mache. Die Frage des Kollegen Schored, ob die Versammlung es bei den jetzigen Beratungen bewenden lasse und die Beschlüsse bei der nächsten Versammlung fassen wolle, wurde einstimmig bejaht. Kollege Haas-Bochum empfahl die Einberufung eines Rheinland-Westfalens, wozu auch vom Bezirke Dortmund schon in Vorschlag gebracht worden ist; dies wurde aber vom Kollegen Schored als unzuverlässig bezeichnet. Unter Verschiedenem dankte zunächst Kollege Welter-Wattenfeld im Namen der Wattenfelder Kollegen für die Abhaltung der Versammlung an ihrem Orte und lud die anwesenden Kollegen ein, nach Schluß der Versammlung noch eine Stunde in gemütlichem Beisammensein bei ihnen zu verweilen. Kollege Haas-Bochum machte die Mitteilung, daß in Bochum auch der „Eiserne“ in kürzester Zeit in drei Druckereien seinen Einzug halten wird und empfahl, sich in dieser Hinsicht etwas mehr zu rühren und einen günstigen Semperinzentariat auszuarbeiten. In Effen sei Fußangel sollen auch schon zwei Linotypes in Betrieb und etwa 20 Gutenberg-Büchlein gekündigt worden sein. Nachdem der Vorsitzende dann noch des Buchdruckerverbandes, der so viel von anderen Gewerkschaften beschimpft werde, in warmen Worten gedacht hatte, schloß er mit einem dreifachen Hoch auf denselben, in welches die Anwesenden mit voller Begeisterung einstimmten, die Versammlung.

**Sch. Frankfurt-Oeffen.** (Witten- und Waisen-Kasse.) Am 18. August fand in Kassel die erste Außerordentliche Generalversammlung der Witten- und Waisen-Kasse für den Gau Frankfurt-Oeffen statt. Da dieselbe erst seit 1. Juli 1899 besteht und für die ersten drei Jahre die Uebergangsbestimmungen des Statuts maßgebend sind, so hatte man von einer Beschickung der Versammlung aus den einzelnen Bezirken des Gau's Abstand genommen und dem Bezirksvereine Kassel die Abhaltung der Generalversammlung übertragen. Aus Allendorf a. d. Berra war auf Kosten der dortigen Mitglieder Kollege Wilhelm Raab erschienen. Am 9 Uhr abends eröffnete der Vorsitzende Schaaß die Versammlung und hieß die Erschienenen herzlich willkommen, dem Wunsch Ausdruck gebend, daß die so fassenden Beschlüsse zum weitern gegenständlichen Ausbau der Witten- und Waisen-Kasse beitragen möchten. Der 1. Punkt der Tagesordnung betraf den Bericht des Vorsitzenden für das abgelaufene erste Geschäftsjahr. Derselbe führte aus, daß, nachdem der letzte in Effen abgehaltene Gantag am 2. und 3. April 1899 die obligatorische Einführung der Witten- und Waisen-Kasse abgelehnt hatte, der Bezirksverein Kassel selbstständig die Kasse ins Leben gerufen und die Kollegen aus dem ganzen Gau zum Beitritte eingeladen habe. Erzentlicher Weise waren die Anmeldungen aus den einzelnen Bezirken recht zahlreich und es so möglich, die Kasse am 1. Juli 1899 zu errichten. Besonders stark beteiligten sich die Bezirke Effen, Warburg und Offenbach; Frankfurt kann selber auch heute noch bei seiner großen Mitgliederzahl eine Beteiligung von nur 102 Kollegen aufweisen, während in Kassel die Kollegen sich fast vollständig angegeschlossen. Bereits im ersten Geschäftsjahre hatten wir mehrere Sterbefälle zu verzeichnen, und zwar: 2 Kollegen in Offenbach und 1 Kollege in Allendorf a. d. Berra, ferner 3 Ehefrauen

Kassierer Kollegen. Die hinterbliebenen Witwen der 3 verstorbenen Kollegen erhielten die in den Uebergangs-Bestimmungen festgelegten Unterstützungssätze, an die 3 Kassierer Kollegen wurden je 30 Mk. Sterbegeld ausbezahlt. Durch das freundliche Entgegenkommen des Gauvorsitzenden waren wir in der Lage, im letzten Berichte des Gauvorsitzenden den Kollegen eine Uebersicht über die Entwicklung der Kasse im ersten Halbjahre zu unterbreiten, aus welcher wohl Jeder mit Genugthuung eine günstige Fortentwicklung hat konstatieren können. Trotzdem ist es aber nötig, daß jeder Kollege durch rege Agitation bemüht sei, immer noch neue Mitglieder der Kasse zuzuführen und würde sich gerade in Frankfurt a. M. noch recht viel Gelegenheit bieten, den Kollegen die Notwendigkeit eines allgemeinen Anschlusses vor Augen zu führen. Wie bei allen neu ins Leben tretenden Institutionen, so sei auch bei der Witten- und Waisen-Kasse im ersten Geschäftsjahre ein Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen, und zwar verteilte sich derselbe auf die Bezirke Frankfurt und Kassel, während Warburg, Effen und Fulda einige Neuaufnahmen zu verzeichnen hatten. Die Ursache des Rückganges der Mitgliederzahl ist darin zu suchen, daß einige gleich von Beginn an vergaßen, ihre Beiträge zu leisten, während die übrigen meist abtriften, ohne sich ihre weitere Mitgliedschaft (siehe § 4 des Statuts) zu sichern. Auskünfte waren keine notwendig. Der Mitgliederstand am 1. Juli 1900 betrug 305. Der 2. Punkt der Tagesordnung betraf die Abrechnung des ersten Geschäftsjahres. Den Bericht erstattete Kollege Knop. Die Einnahmen betragen 2576,85 Mark, die Ausgaben 222,68 Mk. Bei der jährlichen Sparkasse in Kassel sind 2300 Mk. verzinstlich angelegt. Die Ausgaben verteilte sich auf die Anschaffung von Kassabüchern, Hauptbuch, Herstellung von Drucksachen, als: Statuten, Zirkulare, Aufnahmehefte, Eintrittskarten, Stempel, Zurückhaltung eines Vorrückes von 30 Mk. an den Bezirk Kassel, Anschaffung einer Kassetten, Auszahlung der schon oben erwähnten Unterstützungen für die eingetretene Sterbefälle, Porto usw. Die Kasse wurde mehrmals revidiert und stets in bester Ordnung gefunden. Revisor Salzmann beantragt deshalb Decharge-erteilung für den Kassierer; dieselbe erfolgt einstimmig. Der Vorsitzende gab der Versammlung noch bekannt, daß die Kasse bis jetzt alle bei der städtischen Sparkasse in Kassel zum Zinsfuß von 3 Proz. angelegt seien. Wenn der Zinsfuß auch kein hoher sei, so sei doch das Kapital sicher und das sei für uns die Hauptsache. Sollte aber die Versammlung eine günstigere Anlage des Kapitals vorschlagen können, so sei der Vorstand hierzu einverstanden. Dasselbe geschieht nicht, die jetzige Sicherstellung unseres Kapitals wird also gutgeheißen. Zum 3. Punkte der Tagesordnung lag ein Antrag von zehn Kassierer Mitgliedern vor. Derselbe lautete: „In Hinblick darauf, daß der bestehenden Witten- und Waisen-Kasse ein großer Teil Kollegen angehört, welche sich im ledigen Zustande befinden und selbige durch den jetzt bestehenden § 1 der statutarischen Bestimmungen jeglicher rechtlichen Ansprüche an die Kasse beraubt sind, beantragen die Unterzeichneten den § 1 des Statuts in der Weise abzuändern, daß bei eintretendem Todesfälle die festgesetzte Prämie resp. Begräbnisgeld an die sich legitimierenden Hinterbliebenen des Verstorbenen ausbezahlt wird, also Eltern, Geschwister oder sonstige Verwandte zur Erhebung des Sterbegeldes berechtigt sind. Der Vorstand wird deshalb ersucht, so bald wie möglich eine Generalversammlung mit der Tagesordnung Statutenänderung einberufen zu wollen.“ Kollege Strube begründete den Antrag und bemerkte, daß die ledigen Kollegen doch gerade so gut ihre Beiträge zahlen könnten wie die verheirateten, aber absolut keinen Anspruch auf Unterstützung hätten, es sei deshalb nicht mehr als recht und billig, an die Hinterbliebenen solcher Kollegen die in dem Statut festgelegten Unterstützungssätze zu zahlen. Nehme man den Antrag an, so sei zu erwarten, daß eine ganze Anzahl lediger Kollegen wieder austräte. Die Diskussion über den Antrag war eine recht lebhafte und beteiligten sich an derselben die Kollegen Kowal, Guthardt, Berich, Zeiß, Engelbach, Nordmann u. a. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß wohl alles Neue verbessert werden müsse und man ja jetzt noch Zeit habe Besseres nachzudenken. Fast alle Redner waren sich aber darin einig, daß den ledigen Kollegen etwas geboten werden müsse. Der Vorsitzende Schaaß gab bekannt, daß Fulda, Frankfurt und Warburg sich für Annahme des Antrages erklärt hätten und auch der Vorstand dafür sei, ein Sterbegeld zu gewähren. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „An die Hinterbliebenen verstorbenen lediger Mitglieder wird eine einmalige Unterstützung von 30 Mk. gezahlt.“ Derselbe wird in die Uebergangsbestimmungen eingeschoben. Punkt 4 der Tagesordnung betraf die Aufhebung des Eintrittsgeldes von 3 Mk. Kollege Knop begründete denselben und bezeichnete das Eintrittsgeld als das größte Hemmnis zur Gewinnung neuer Mitglieder. Ebenso traten in der Diskussion eine ganze Anzahl Kollegen für Aufhebung des Eintrittsgeldes ein. Die Bezirke Effen, Fulda und Warburg sind ebenfalls für Aufhebung, während Frankfurt sich keinen großen Zuwachs von dieser Maßnahme verspricht. Kollege Raab-Allendorf a. d. Berra trat ebenfalls warm für den Antrag ein, Offenbach hat keine Anträge gestellt. Bei der Abstimmung wird ein Antrag des Kollegen Guthardt mit allen gegen zwei Stimmen angenommen. Derselbe lautet: „Während der Außerzeit der Kasse sind beitretende Kollegen von der Zahlung des

Eintrittsgeldes befreit." Gleichzeitig erhält der Vorstand die Genehmigung, nachweislich franken Kollegen die Aufnahme zu verweigern und wird es den Vertrauensleuten besonders zur Pflicht gemacht, bei Neuanmeldungen darauf zu achten, daß der Betreffende augenscheinlich gesund ist. Die Neuwahl des Vorstandes forderte der 5. Punkt der Tagesordnung. Der bisherige Vorstand wurde wieder mit 102 Leb- und 11 Neuwahlern. (Siehe Bekanntmachung in Nr. 102 des Corr.) Zum 6. Punkte der Tagesordnung betr. „Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder“ unterbreitete der Vorsitzende namens des Vorstandes der Versammlung folgende Resolution: „Die in Kassel tagende Außerordentliche Generalversammlung der Witwen- und Waisenkasse für den Gau Frankfurt-Heßen beschließt, die einzelnen Bezirksvorstände des Gau zu eruchen, auf die Tagesordnung ihrer nächsten Versammlung den Punkt „Allgemeiner Anschluß an die Witwen- und Waisenkasse“ zu setzen und erwartet von denselben, daß sie nach Kräften bemüht sind, der schon jetzt sehr gut bewährten Institution neue Mitglieder zuzuführen, zumal die Eintrittsbedingungen ganz besonders erleichtert sind. Gleichzeitig wird der Vorstand beauftragt, ein Zirkular auszuarbeiten, das den Kollegen die Vorteile der Witwen- und Waisenkasse vor Augen führt und an die einzelnen Orte zur Versendung gelangt.“ An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen E. Köhler, Zeiß, Knab, Strube, Guthardt, Maag-Allenborn und Salzmann, alle die Notwendigkeit einer regen Agitation betonend. Kollege Zeiß wünschte, daß man der Resolution noch folgendes hinzusetze: „Zur Agitation empfiehlt es sich, wenn die Bezirkskassierer monatlich einen Auszug der zugewiesenen Mitglieder machen und solchen dem jeweiligen Ortskassierer der Witwen- und Waisenkasse zustellen. Von diesen sei dann an die betr. Kollegen ein Zirkular, in welchem die Bestrebungen der Waisenkasse usw. kurz skizziert seien, nebst Anmeldebogen zur Verteilung. Auch sei den Druckereifassierern eine Anzahl solcher Formulare zuzustellen, damit solche bei den Nichtmitgliedern der Witwen- und Waisenkasse agitatorisch thätig sein können. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde die Resolution des Vorstandes mit dem Antrage Zeiß angenommen. Damit ist die Tagesordnung erschöpft und schließt der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung ab. Mögen die gestrigen Beschlüsse die Zustimmung aller Kollegen im Gau Frankfurt-Heßen finden und unsere Witwen- und Waisenkasse zu einem segensreichen Institute für denselben werden.

H. Freiburg im Breisgau. (Außerordentliche Generalversammlung des Bezirksvereins am 26. August.) Der Vorsitzende Hutterer eröffnete die Versammlung und hieß alle Teilnehmer herzlich willkommen. Die Präsenzliste ergab eine Anwesenheit von 108 Mitgliedern und zwar aus Freiburg 90, Emmendingen 10, Neustadt i. Schw. 5, Breisach 2 und Endingen 1. Nachdem drei Aufnahmegesuche ihre Erledigung gefunden, gab der Bezirkskassierer Will den Bericht für das verfloßene Halbjahr 1900 und der Gaukassierer Friedrich denjenigen für die Gaukasse pro 2. Quartal; diebeide hat nunmehr einen Vermögensbestand von über 5000 Mk. Bezüglich des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches nahm der Vorsitzende Veranlassung zu konstataren, daß in dieser Hinsicht im Gau Oberhein noch nichts gesehen, während in anderen Drudorten diese Angelegenheit schon längst geordnet sei. Die Geschäftschaft möge nur den festen Willen zeigen und von der ihr zukommenden Reputation aus besagtem Paragraphen Gebrauch machen, zumal die Konstanzer Kreisversammlung der Prinzipale die Resolution des VIII. Kreises (Berlin) ohne Widerspruch angenommen habe. Eine vom Vorstande eingebrachte Resolution, dahingehend, daß den Bewilligern ein Abzug für Anwohnung einer Kontrollversammlung, Rüstung usw. nicht gemacht und den berechnenden Kollegen eine Entschädigung von 1 Mk. für jeden einzelnen Fall zugesprochen werden soll, wurde einstimmig angenommen und der Vorstand mit der Ausführung der Resolution beauftragt. Hierauf erfolgte die Beratung eines neuen Bezirksstatuts. Die Versammlung nahm dasselbe mit einigen Ergänzungen en bloc an. Für den scheidenden Reiseskassenverwalter Frid wurde Kollege Klepper gewählt, welcher dieses Amt schon früher lange Jahre prompt bekleidet hat. Der Vorsitzende sprach dem Kollegen Frid den Dank aus für die der Organisation geleisteten Dienste. Der hierauf der Versammlung vorgeführte Jahresbericht der deutschen Gewerkschaftsorganisationen war für die Anwesenden von großem Interesse. Eine anregende Debatte entspann sich bei dem nun folgenden Punkte: Rezhäuser contra Sozialdemokratie. Der Vorsitzende gab zunächst einige Stellen aus der Bebel'schen Broschüre Vortrag im Berliner Gewerkschaftshaus zum besten und stellte den Standpunkt des Zentralblattes der Gewerkschaften Deutschlands dazu. Persönlich sei er der Überzeugung, daß es in unsrer Organisation keine Parteipolitik geben solle; jedes Mitglied solle handeln, wie es sich für einen richtigen Gewerkschaftler ziemt. Ob rot oder schwarz, ob liberal oder Antisemit, jedes Mitglied solle in dem Augenblicke, wo es gelte, die Interessen der Forderungen unsrer Organisation zu verteidigen, seinen Mann stellen. Bei Ausübung eines politischen Aktes jedoch werde der Gewerkschaftler sich fragen, welcher Partei er als Arbeiter seine Stimme gebe. Die Sozialdemokratie habe in der gesetzlichen Körperschaft dem Arbeiter noch nie geschadet. Neben will nur die Meinung der Versammlung über diesen Punkt hören und rät von der Annahme einer Resolution ab. Kollege Auweiler-Emmendingen war in längeren

Ausführungen teilweise anderer Ansicht als der Vorredner: Die Sozialdemokratie sei immer und immer wieder auf uns Buchdrucker herumgeritten usw. Neben plauderte für Annahme einer Resolution, damit die Versammlung einen bestimmten Entschluß treffe: Rezhäuser müsse unbedingt Schutz zugesandt werden. (Stürmischer Beifall.) Kollege A. Bauman erklärte sich für strenge Neutralität der Gewerkschaften, wollte aber von einer Resolution nichts wissen in Anbetracht des Umstandes, daß wir Freiburger hinten nachgeben können und so der Streik von neuem beginnen könne. Kollege Klepper war der Meinung, daß auf beiden Seiten Fehler gemacht wurden, es müßte aber zwischen Gewerkschaft und Partei unbedingte Neutralität herrschen. Nachdem der Vorsitzende sich noch an der Debatte beteiligt hatte, gelangte folgende Resolution des Kollegen Auweiler mit 40 gegen 19 Stimmen (die übrigen enthielten sich der Stimmenabgabe) zur Annahme: „Die heutige Außerordentliche Generalversammlung des Bezirks Freiburg — von Mitgliedern fast aller Drudorte des Bezirks beauftragt — stellt sich im Streite Correspondent contra Partei auf Seite der Correspondent-Redaktion. Als Anhänger und Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation verpflichtet sich die Versammlung einen wüthlichen Vorteil in Bezug auf ihre Lebenshaltung nur durch eine gesunde und impulsive Gewerkschaftsbewegung, ohne jedoch in politischer Beziehung der Partei die Gefolgschaft zu versagen. Die Versammlung erwartet aber auch gleichzeitig, daß Kollege Rezhäuser sich der Tonart einige Mäßigung auferlegt.“ Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten erfolgte der Schluß der nach mancher Seite hin interessanten Versammlung.

\* Leipzig. Am 2. September hielt die hiesige sogenannte Liebold'sche Begräbniskasse — ein vollständig neutrales Institut zur Versicherung für Buchdrucker und deren Ehefrauen — eine Außerordentliche Generalversammlung ab, um über die Erhöhung der Leistungen sowie eine event. zu begehende Feier anlässlich des hundertjährigen Bestandes der Kasse zu beraten und zu beschließen. Da sich bei jetzt rund 2000 Mitgliedern der Vermögensstand bedeutend gehoben hatte und eine über 10 Jahre reichende statistische Aufstellung der Ausgaben eine Mehrbelastung der Kasse ohne Gefahr wohl zulässig erscheinen ließ, wurden die nach den Beitragsjahren zwischen 15 bis 150 Mk. schwankenden Unterhaltungsätze wie folgt festgelegt: Es gibt Sterbegeld im ersten Jahre der Mitgliedschaft 20 Mk., im zweiten Jahre 35 Mk., im dritten 50 Mk., im vierten 65 Mk., im fünften 80 Mk., vom sechsten bis zehnten 100 Mk., vom elften bis fünfzehnten 120 Mk., vom sechzehnten bis zwanzigsten 140 Mk., vom einundzwanzigsten bis fünfundzwanzigsten 160 Mk., vom sechsundzwanzigsten bis dreißigsten 180 Mk. und bei über dreißig Mitgliedsjahren (außer Steuerfreiheit) 200 Mk. Diese Erhöhung tritt mit dem nächsten 1. Oktober in Kraft. — Die Begehung eines hundertjährigen Stiftungsfestes wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt, dafür aber der Vorstand beauftragt, ein Gedenkbild mit allen historischen und statistischen Daten der Kasse zu Ostern 1902 der Öffentlichkeit zu übergeben.

## Kundschau.

Nach 6½ jähriger arbeits- und erfolgreicher Thätigkeit ist Kollege Moriz Schröder aus Gesundheitsrücksichten gezwungen, sein Amt als Vorsitzender des Gau's Würtemberg niederzulegen. Hoffentlich wird nur für einige Zeit diese schätzenswerte Arbeitskraft dem Verbands entzogen.

Die Papiereinkaufsstelle des Vereins deutscher Zeitungsverleger wurde in Berlin, Wilhelmstraße 54, eröffnet. Direktor Lehmann hat die Leitung übernommen.

Preffe. Die in Halberstadt erscheinende Arbeiter-Zeitung wird vom 1. Oktober ab täglich herausgegeben. — Die Schleswig-Holsteinische Volkszeitung besprach die Verhältnisse einer Firma in Elmshorn. An den mitgeteilten Thatsachen ließ sich zwar nicht rütteln, aber durch einige Sätze fühlte sich ein Expedient der Firma beleidigt, was dem Redakteur A. Lüjens zwei Monate Gefängnis einbrachte, während der Einsender der Notiz, der sich überflüssiger Weise genannt hatte, mit 100 Mk. Geldstrafe wegtam.

Nach den Berichten der preussischen Gewerbeämter hat die Zahl der in Fabriken beschäftigten Arbeiterinnen über 16 Jahre im Jahre 1899 gegen 1898 um 22779 zugenommen, sie betrug 376408, wovon 148331 auf die Altersjahre von 16 bis 21 entfallen. Auch die jugendlichen Arbeiter zwischen 14 und 16 Jahren haben zugenommen und zwar um 13920; von 156041 waren 46831 weiblichen Geschlechts. Kinder unter 14 Jahren waren in Fabriken im vorigen Jahre 1546 beschäftigt, 125 mehr als im Jahre 1898, wovon 525 auf das weibliche Geschlecht entfallen. Die erste Stelle nimmt natürlich die Textilmühle ein: 147758 Arbeiterinnen, 30223 jugendliche Arbeiter und 511 Kinder. In den Bergwerken, Salinen und Aufbereitungsanstalten waren 8582 Arbeiterinnen, 15092 jugendliche Arbeiter und 107 Kinder beschäftigt, in den poligraphischen Gewerben 6819 jugendliche Arbeiter.

Unter den Volksnahrungsmitteln nimmt der Zucker bekanntlich eine hervorragende Stellung ein. Das nutzen die Zuckerproduzenten aus, sie haben mit Hilfe des Kartells den Zucker in den letzten fünf Monaten um volle

fünf Mark pro Zentner gesteigert. Den Preis für Deutschland bestimmt das Kartell, dem 400 Holzuckerfabriken und 50 Zuckerraffinerien angehören, während der nach dem Auslande ausgeführte Zucker zum Weltmarktpreise, also bedeutend billiger verkauft wird. Die Differenz wird an die Kasse des Kartells abgeführt und am Schluß des Geschäftsjahres nach Abzug der Kartellkosten an die Fabrikanten nach dem Maßstabe ihrer Beteiligung verteilt. In dieser Weise ist das Volksnahrungsmittel dem deutschen Volke, das etwa 15 Mill. Zentner Zucker verbraucht, nach einer Aufrechnung der V. V. Bg. in der angegebenen kurzen Zeit um 25 Mill. Mark verteuert worden, wozu noch die für den Reichsfiskus erhobene Verbrauchsabgabe von 150 Mill. Mark kommt. Danach ist der Zucker sehr gesund — für die Produzenten deselben.

Die Mischachtung der Gejele seitens der Unternehmer ist eine bekannte Thatsache. Hauptsächlich ist dies zu beobachten bei Gejele, die den Arbeitern zu gute kommen. So sollen, wie berichtet wird, noch heute eine Anzahl Innungen mit der Reorganisation ihrer Krankenkassen im Rückstande sein, die nach dem Gejele vom 26. Juli 1897, das am 1. April 1898 in Kraft trat, innerhalb eines Jahres zu erfolgen hatte. Die höhere Verwaltungsbehörde hat zwar das Recht, die erforderliche Umgestaltung der Statuten anzuordnen resp. die Aenderung mit rechtsverbindlicher Kraft zu verfügen oder die Innung aufzulösen, scheint aber von dieser Befugnis keinen Gebrauch gemacht zu haben. Das Gejele schreibt vor, daß jede Innungsrankenkasse eine besondere Verwaltung haben muß und die Versicherten entsprechend ihres Anteils an den Kassenbeiträgen daran zu beteiligen sind.

Ein Vertriebsleiter in Freiburg i. Schlef. hat in einer Uhrenfabrik Kinder unter 14 Jahren täglich neun bis zehn Stunden beschäftigt, auch die Anmeldung derselben unterlassen. Derselbe wurde vom Schöffengerichte zu 23 Mk. Geldstrafe verurteilt. Eine recht billige Gejelesbesetzung!

Der Vorsitzende des Schöffengerichts in Liegnitz sah sich genötigt, der Staatsanwaltschaft auseinanderzusetzen, daß den Arbeitern das Koalitionsgejele gewährleistet sei und ein streitender Arbeiter das Recht habe, seine fortarbeitenden Kollegen mit den Verhältnissen bekannt zu machen. Dieses Recht dürfe ihm nicht beschränkt werden, so lange er sich nicht der in § 153 der G.-O. angeführten Ausdrückungen zu schulden kommen lasse. Die Anklage lautete auf groben Unfug und Hausfriedensbruch. Wie aus dem Urteile hervorging, hatte der Angeklagte mit aller Zurückhaltung die Arbeitswilligen unterrichtet und zwar während der Frühstückszeit in der Arbeitsstube — daher der Hausfriedensbruch.

Die Drechsler in Berlin haben begründete Aussicht, die vereinbarten Forderungen ohne allgemeinen Streik durchzusetzen. Von 20 in Betracht kommenden Werkstätten hatten am Montag bereits 11 bewilligt. In Lohnbewegung traten die Berliner Schlächtergesellen. Die Haushälterarbeiten legten den Unternehmern einen neuen Mindestlohnstarif vor. Für Durchsührung eines Mindestlohnstarifes sind auch die Arbeiter der Metallkloppfabriken und die Korbmacher der Kugelforbbranche eingetreten. Von den Militäreffekten-Cattieren streiken noch 310. Von den Buchbindern haben, wie an anderer Stelle berichtet, nur die 21 der Innung angehörige Unternehmer ausgeispart, es kann jedoch noch zu einem allgemeinen Streik kommen, wenn die übrigen Unternehmer den Tarif nicht bewilligen. Auch die in den Eisfabriken beschäftigten Buchbinder haben den neuen Tarif vorgelegt. In Stuttgart sind 350 Buchbinder ausgeispart worden. Der Streik der Lederarbeiter in Mainz, an welchem 450 Mann beteiligt, dauert in ungeschwächter Weise fort. 40 Arbeitswillige waren in Berlin unter falschen Vorspiegelungen engagiert worden und bewussten ihre Dienste, als sie sich genügend unterrichtet hatten. Sie mußten aus der Fabrik, wo sie eingeschlossen worden waren, mit Hilfe der Polizei befreit werden. Der bergische Unternehmerverband veröffentlicht infolge des Ausstandes in Solms eine Liste von 219 Arbeitern und bezordnet in Gemäßheit seiner Satzungen, daß diese Arbeiter während des Streiks und dreier Monate nach Ablauf desselben nirgendwo eingestellt werden dürfen. Auch der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller und der Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller hat alle in Hamburg streikenden resp. ausgeisparten Arbeiter in Acht und Abwacht erklärt. Niemand soll dieselben in Arbeit nehmen. Diese Rückkehr zu mittelalterlichen Zuständen ist ein wertvoller Beitrag zur deutschen Sozialpolitik.

In Marzelle streiken 1200 Wäder. — Aus Westruphland werden mehrere Streiks, jedoch mit verschiedenem Erfolge gemeldet.

In der Schweiz hat man zur Zeit 322 Konsumvereine mit 117597 Mitgliedern gezählt gegen 80 mit 22000 Mitgliedern im Jahre 1883. Der größte dieser Vereine befindet sich in Basel, derselbe zählt 19000 Mitglieder und hatte im vergangenen Jahre einen Umsatz von 9½ Millionen Franken.

Der 38. Jahreskongreß der britischen Gewerkschaften tagte vom 3. bis 8. September in Huddersfield (Yorkshire). Anwesend waren 390 Delegierte, die etwa 1250000 Arbeiter vertraten. Begrüßt wurde der Kongreß von dem Bürgermeister der Stadt in den Räumen des Stadthauses. Ihm schloß sich der liberale Abgeordnete für Huddersfield an, welcher betonte, daß die

Gewerkschaften endgültig heimisch im Lande geworden und jeder verständige Unternehmer befreit sein werde, durch die Vermittelung sich mit den Arbeitern auf guten Fuß zu setzen. Der Vorsitzende des Kongresses veruchte in seiner Ansprache den Nachweis, daß die ganze moderne sozialistische Entwicklung zum Kollektivismus führe. Der Kapitalist habe die Produktion sozialisiert durch Aktien- usw. Gesellschaften, das Volk werde das Eigentum und die Verteilung zu sozialisieren haben. Die vom Kongresse gefassten Beschlüsse bezogen sich auf fast alle Gebiete der Sozialpolitik und streiften auch das hohe Politik — wir kommen noch darauf zurück. Die englischen Gewerkschaften haben eben einen Nachbater im Staate, mit dem alle Parteien, auch die neuerdings gegründete „Unabhängige Arbeiterpartei“ zu rechnen pflegen. Von „Konkurrenzmacherei“ ist da keine Rede, im Gegenteil begünstigt man diese Mitarbeit mit Freuden und fördert dieselbe nach Möglichkeit.

**Magazin.**

Von dem Lieferungsberichte: Gesundheitschutz in Staat, Gemeinde und Familie, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Baum, Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. in Stuttgart, liegen die Lieferungen 7 und 8 vor. Dieselben behandeln folgende Themen: Luftdruck und Luftfeuchtigkeit, das Licht, die Wärme, das Wetter, Klima und klimatische Kurorte, den Blutumlauf, die Atmung. Das Werk erscheint in 25 Lieferungen von je 32 Seiten à 20 Pf.

Das erste Heft des fünfzehnten Jahrganges der Modernen Kunst (Nch. Bong in Berlin; gewährt in Wort und Bild u. a. einen Einblick in die Spielpläne zu Monaco. Die Ausstattung des Heftes ist eine ganz vorzügliche, wir führen nur die doppelseitige Extra-Kunstbeilage „Strandbille“ von A. v. Courten, ein Meisterwerk des Buchdrucks, das figurenreiche Kolorialgemälde Jan Snydas „Das Martyrium der Christen im Jirkus des Nero“ und A. Herings Meisterholzschnitt „Verurteilung des Todesurteils an die elf Schlichten Litziere in Bejel“ an.

Die illustrierte Zeitschrift für Alle Welt: Deutsches Verlagshaus Bong & Co.; enthält in dem zweiten und dritten Heft manchen bemerkenswerten, so z. B.: Aus dem Leben eines Laubers; Das Nietenlestopf der Pariser Weltausstellung (60 Meter lang mit 125 Meter Objektdurchmesser und einer Linse von 12 Zentner Gewicht); Habitation schwebender Streichhölzer auf der Weltausstellung. Wie immer bringen die Heftes noch mancherlei neuere Erfindungen in Wort und Bild, zahlreiche illustrierte aktuelle Artikel und reichen Unterhaltungssstoff, darunter drei größere Romane. Im Illustrationserteil befinden sich drei farbige Extra-Kunstbeilagen und eine Menge sonstiger trefflich ausgeführter Bilder.

„Die deutsche Gewerkschaftsbewegung: eine Kritik von Otto Kressin“ betitelt sich eine Schrift, die alles andre enthält, als was man dem Titel nach zu finden berechtigt wäre. Hätte der „Autor“ sich einer gewissen Würdigung und Offenheit beiseigigt, so würde er das Kind beim richtigen Namen genannt und seinen Schimpferguss etwa getauft haben: „Der Buchdrucker-Verband. Ein Schmutzartikel frei nach der Buchdruckerwacht.“ Es ist eigentlich der Schrift zuviel Ehre angethan, ihrer im Corr. Erwähnung zu thun, wenn es nicht so bezeichnend für die „Arbeiterbewegung“ wäre, solchen Vertretern nach allen Seiten hin Vorwurf zu leisten. Der „mittlen im Gewerkschaftsleben stehende Vertreter“ ist ja allerdings in der Neuen Zeit gebührend gewürdigt worden, was für Leipzig aber nicht verhängt, daß sich doch das nach seiner Art berichtigt gewordene Leipziger Gewerkschaftsblatt von diesem großen Führer einen Vortrag über die Neutralisierung der Gewerkschaften halten lassen, zu welchem wir den Stoff wie immer abzugeben haben, und nun haufen alle die größeren und größten „Vertreter“ mit neuem Mut in die alte Kerbe. Der „Genosse Schulze“, jedenfalls der Vorsitzende obigen Instituts, betonte in einem großen Vortrage: Die Buchdrucker waren früher intelligent, jetzt sind ihnen aber die anderen Arbeiter über. — Hier eine „Blüte“ aus der Kressin'schen Schrift: „Sie (nämlich: nicht-sozialdemokratische proletarische Klassenbewegungen, Straßenbahnerstreiks usw.) sind aber sehr wenig anzusehend, ja direkt schädlich, diese Art Klassenbewegungen; es sind mit einem Worte lumpenproletarische Erhebungen.“ Demnach war der so stark unterstützte Fabrikarbeiterstreik in Hamburg eine lumpenproletarische Erhebung. Nun wagt ihr es Arbeiter! — Schreiber dieses erinnert sich noch des Wiener Streiks. In seiner Diktion sollte die „Wiener Wacht“ fertig gestellt werden. Eine Druckerversammlung, in welcher auch der Reform-Redakteur Kressin mit anwesend war, beschloß einstimmig, die Arbeit abzulegen. Nur eine warnende Stimme erhob sich damals und warnte vor Voreiligkeit; dies war der heute so begehrte Anhänger der „Kampf“-Organisationen: Kressin. Nun, in der Leipziger Volkszeitung, seinem Domizile, kommen die Segmashinchen in Betrieb. Das jederzeitige Eintreten und Demonstrieren für den Achtstundentag wird wohl nun in genanntem Geschäft zur That umgesetzt werden. Die Maschinen machen ja viele Hände frei und man kann wohl nicht annehmen, daß die große Reservereatmee durch die Volkszeitung verneht wird, durch kapitalistische Ausnützung des Geschäfts. Im übrigen verbürgt ja die Anwesenheit Pollenders, Jllges,

Kressin in der Volkszeitung für die Durchföhrung der Verkürzung der Arbeitszeit ohne den verhofften Verlust. Oder ist die Zeit gekommen, unliebbare Verhandler abzutun? Karl Link.

**Gestorben.**

In Berlin am 9. September der Seper Gustav Schmelzer aus Schivelbein, 57 Jahre alt.

In Grimmitzschau am 12. September der Seper Adin Ludwig, 28 Jahre alt — Lungenbluten.

In München am 8. September der Seper Franz Kader aus Regensburg, 61 Jahre alt — Lungen-schwindsucht.

**Briefkasten.**

E. K. in Berlin: 3,25 Mk. — R.: 0,50 Mk. — A. D. in Grimmitzschau: 3,50 Mk. — S. C. in Mainz: 1 Mk.

**Verbandsnachrichten.**

**Frankfurt-Oeffen.** Abrechnung pro 2. Quartal 1900. Verbandskasse: Einnahme (einschl. 3000 Mk. Voransch.) 18661,80 Mk., Ausgabe 10760,03 Mk., zurückbehalten Voransch. pro 3. Quartal 6000 Mk., an den Hauptkassierer eingekandt 1901,77 Mk. — Gauskaffe: Einnahme (einschl. 8373,44 Mk. Vermögen) 10986,09 Mk., Ausgabe 1994,17 Mk., Vermögen am Schlusse des 2. Quartals 8991,92 Mk. — Herausgab wurde an Reise-Unterstützung 2051,33 Mk., Arbeitslosen-Unterstützung 1260,75 Mk., sonstige Unterstützung 440 Mk., vorübergehend Arbeitsunfähige 5433,10 Mk., dauernd Arbeitsunfähige 796,25 Mk., Begräbnisgeld 300 Mk., Rechts-schutz 75 Pf. — Aus der Zentral-Invalidentasse i. L. wurden 8 Invaliden mit 728 Mk. unterstützt. — Be-zugungsstatistik: Mitgliederstand Ende des 1. Quartals 1164, neu eingetreten 58, wieder eingetreten 15, zugereicht 94, zusammen 1331; abgereicht 112, ausgestre-ten 2, ausgeschloffen 17, gestorben 3, Mitgliederstand Ende des 2. Quartals 1197. — Arbeitslos waren 62 Mitglieder 1155 Tage, krank 149 Mitglieder 3988 Tage. — Zahl der Drucke 28.

**Bezirk Nauen.** Die Wohnung des Bezirkskassierers und Revisorverwalters E. Hagen befindet sich vom 16. d. M. ab: Bismarckstraße 188.

**Bezirk Brandenburg.** (Gautagsdelegiertenwahl.) Eingegangen 255 gültige Stimmzettel. Stimmen er-hielten: 1. Ziele-Brandenburg 245, 2. Kabe-Pots-dam 236, 3. Seibels-Rauen 220, 4. Drinow-Kathenow 219, 5. Gerber-Kudenwalde 211, 6. Schütt-Köpenick 200, 7. Hoffmann-Neu-Babelsberg 192, 8. Heffer-Neu-Babelsberg 183, 9. Schlaue-Brandenburg 167, 10. Zende-Brandenburg 166, 11. Böber-Potsdam 162, 12. Altd.-Trebbin 155, 13. Welle-Spandau 151, 14. Millradt-Spandau 149, 15. Böhme-Potsdam 144. Diese Kollegen sind als Delegierte ge-wählt. Ferner erhielten Stimmen: Ehlert-Trebbin 141, Heintze-Trebbin 137, Zimmermann-Brandenburg 125, Stöper-Trebbin 110, Frochwis-Potsdam 100, Kirch-Neu-Babelsberg 90, Bär-Brandenburg 86, Günther-Trebbin 85, Knoll-Neu-Babelsberg 61, Wänsche-Trebbin 45. Die gewählten Delegierten werden um Mitteilung ge-beten, ob sie annehmen oder nicht, um ev. Stellvertretung bestellen zu können.

**Bezirk Tormund.** Das Buch des Druckers Gust. Siebold befindet sich beim Kassierer G. Hierig, Gustav-straße 8, und wird erlicher aufgefördert, sich unbenzög-lich zu melden, widrigenfalls gegen denselben Ausschluß beantragt wird.

**Bezirk Duisburg.** Der Drucker Et. Duden-hausen und der Seper Karl Gerle, zuletzt in Mül-heim in Konktion, werden aufgefördert, ihren Ver-pflichtungen nachzukommen, widrigenfalls deren Ausschluß beantragt wird.

— Um Angabe der Adressen der Kollegen Matth. Nicolay aus Cochem und Richard Grod aus Gum-binnen ersucht Heinrich Bimar in Duisburg, Meer-straße 2.

**Bezirk Halberstadt.** Den Bezirksmitgliedern zur gef. Kenntnisnahme, daß die zum 23. September in Verangerode a. S. anberaumte zweite (Herbst-) Bezirks-versammlung umständehalber nicht stattfinden kann. Das Nähere wird den Mitgliedern an dieser Stelle noch bekannt gegeben werden.

**Emmendingen.** Die kürzlich hier abgehaltene Aus-schlußzeitige folgendes Resultat: Joh. G. Tho-mann, Gartenstraße, Vorsitzender; Jos. Zeller, Schrift-führer und Kassierer, und Jakob Friedr. Bipse, Biblio-thekar.

**Salle a. S.** In der Buchdruckerei von Fr. Köhbe (Inh. Hugo Hofmann) ist ein Konflikt ausgebrochen. Bei Konditionsangeboten sind vorher unbedingt Erkun-digungen bei Wilh. Blume, Jakobstraße 24, einzuziehen.

**Vörras.** Der Seper Jos. Wehr aus Ingolstadt (Haupt- Nr. 25532) wird hiermit aufgefördert, seinen Verpflichtungen gegen den hiesigen Ortsverein nach-zukommen und innerhalb 14 Tagen sein Buch einzulösen, andernfalls Ausschluß erfolgt. Die Verbandsfunk-tionäre werden gebeten, S. hierauf aufmerksam zu machen resp. seine Adresse an Fr. Schübelin, Vörras, Schüpen-straße 7, einzusenden.

**Ludwigshafen-Mannheim.** Maschinenmeister(Lub.) Die in der am 5. September abgehaltenen Mitglieder-versammlung erfolgte Ersatzwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Peter Böhm, Druckerei Weiß & Hammer in Ludwigshafen, erster Vorsitzender; Würth, zweiter Vorsitzender.

**Magdeburg.** Den Mitgliedern des Ortsvereins zur Kenntnis, daß von heute, Sonnabend den 15. Sept., ab die Bibliothek wieder geöffnet ist und der Bücher-wechsel regelmäßig in den Freitagen erfolgt. Auch er-suchen wir, die Leihlinge hierauf aufmerksam zu machen, wie überhaupt eine fleißige Benutzung der Bibliothek vorausgesetzt wird.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Darmstadt der Seper Albert Reebe, geb. in Sangerhausen 1875, ausgel. das. 1893; war schon Mit-glied. — P. Hübelbeutel, Liebfrauenstraße 40.

In Dortmund der Seper Gustav Rückner, geb. in Hadmersleben 1880, ausgel. in Magdeburg 1898; war noch nicht Mitglied. — August Schippers, Stein-straße 20.

In Hagen i. W. die Seper 1. Karl Werhauer, geb. in Hildesheim 1882, ausgel. das. 1899; war noch nicht Mitglied; 2. Heintz. Schütz, geb. in Koblenz 1863, ausgel. in Herford i. W. 1883; war schon Mitglied. — In Fierlohn der Schweizerdegen Wilh. Diefenhof, geb. in Weiel 1878, ausgel. in Fierlohn 1896; war noch nicht Mitglied. — Louis Lorenz in Hagen i. W., Fienertweg 1c.

In Hannover der Seper Johann Kohn, geb. in Heggendorf 1875, ausgel. in Bergheim 1893; war noch nicht Mitglied. — Emil Frisöse, Akerstraße 29.

In Karlsruhe der Seper Adolf Drener, geb. in Sulzburg i. Breisgau 1880, ausgel. in St. Georgen 1898; war noch nicht Mitglied. — In Bruchsal die Seper 1. W. Bach, geb. in Karlsruhe 1881, ausgel. in Bruchsal 1899; 2. Heintz. Firtens, geb. in Bruchsal 1871, ausgel. das. 1889; 3. Georg Kaufmann, geb. in Sinsheim a. E. 1868, ausgel. das. 1887; waren schon Mitglieder. — Felix Kirchen in Karlsruhe, Schloßplatz 3.

In Kassel die Seper 1. Richard Strebel, geb. in Berlin 1881, ausgel. das. 1899; 2. August Hübner, geb. in Kassel 1869, ausgel. das. 1888; 3. der Drucker K. Heusing, geb. in Weisenkirchen 1869, ausgel. das. 1885; waren noch nicht Mitglieder. — Ph. Guthardt, Mittelgasse 7.

In Köpenick die Seper 1. Gustav Schmitz, geb. in Berlin 1882, ausgel. in Köpenick 1900; 2. Richard Reintze, geb. in Weils 1882, ausgel. das. 1900; waren noch nicht Mitglieder; 3. Max Brunzian, geb. in Frankfurt a. O. 1880, ausgel. das. 1898; war schon Mit-glied. — In Ludenwalde der Seper Oskar Buch-holz, geb. in Gembin 1856, ausgel. das. 1875; war schon Mitglied. — In Potsdam der Drucker Otto Grünfeld, geb. in Potsdam 1878, ausgel. das. 1896; war noch nicht Mitglied. — Karl Thiele in Branden-burg, Gr. Gartenstraße 32.

In M. Gladbach der Seper Stereotypier August Derksen, geb. in Emmerich 1882, ausgel. in M. Glad-bach; war noch nicht Mitglied. — Wilh. Dfermanns in Krefeld, Pionnoniten-Kirchstraße 28.

In Ruhrort 1. der Seper Hermann Bedmann, geb. in Glöbe (Altmark) 1874, ausgel. das. 1900; 2. der Maschinenhejer Jos. Fiedler, geb. in Hildeswoagen 1861, ausgel. in Hemscheid 1898; waren noch nicht Mitglieder. — Joh. Reuz in Duisburg, Dellplatz 1.

In St. Georgen (Schwarzwald) der Seper Emil Müller, geb. in Denabrid 1877, ausgel. das. 1895; war schon Mitglied. — Wilhelm Christmann in Lahr, Schlofferstraße 14.

In Stuttgart der Seper Ferdinand Müller, geb. in Hainheim 1876, ausgel. in Lainingen 1893; war schon Mitglied. — Karl Knie, Rosenstraße 32.

**Reis- und Arbeitslosen-Unterstützung.**

**Salle a. S.** Dem Seper Ferdinand Klotz aus Köthen soll nach seiner Angabe das Leittungsbuch „1936 Saale“ gestohlen worden sein; dasselbe wird hier-mit für ungültig erklärt. Als Ersatz erhielt Klotz ein zweites Buch Nr. 2028 Saale. Die Herren Verwalter seien hierauf aufmerksam gemacht.

**Tarif-Kritik für Deutschlands Buchdrucker.**

Adressadresse: J. S. des Geschäftsführers Herrn Paul Schütz, Berlin SW, Friedrichstraße 239.

**Bekanntmachung.**

Bei der Konstituierung des Bremer Schiedsgerichtes ist prinzipalsseitig Herr Viktor Hauschild (in Firma H. M. Hauschild), Langestraße 35, und gebillensseitig Herr A. Rosenlehner, Olgastraße 39, zum Vorsitzenden gewählt worden.

Beschwerden oder Streitfälle in Sachen des Tarifes sind seitens der einen oder andern Partei an den be-treffenden Vorsitzenden schriftlich einzureichen.

Berlin, 12. September 1900.

Hg. W. Bürgenstein, L. S. Giesecke, Vorsitzende.